



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Lange

Telefon: (0221) 221-26014

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 18.03.2014

Niederschrift

über die **35. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 10.03.2014, 16:34 Uhr bis 16:57 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
Herr Axel Kaske	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Winrich Granitzka	CDU
Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Frau Barbara Moritz	GRÜNE
Herr Ralph Sterck	FDP
Frau Judith Wolter	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE.

Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing

Frau Christiane Jäger

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Informationen zum Thema "Nord-Süd Stadtbahn"

1 **Mitteilungen**

1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1.1.1 Kostenaufstellung Großschadensereignis Einsturz Historisches Archiv für den Zeitraum vom 03.03.2009 bis zum 30.01.2014
0728/2014

1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

2 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

3 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

4 **Dringlichkeitsentscheidungen**

4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1.1 1. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013
0587/2014

4.1.2 Betreuung von Kindern und Jugendlichen in der Notaufnahmeeinrichtung Herkulesstraße
0789/2014

4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.2.1 Delegationsreise nach Peking
0327/2014

5 **Sonstige Allgemeine Vorlagen**

5.1 Aufnahme einer Grabstätte in die Liste der Gräber für verdienstvolle Bürgerinnen und Bürger und Übernahme der Grabpflege durch die Stadt Köln
0083/2014

6 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

7 Mitteilungen

7.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

7.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Dringlichkeitsvorlagen

10.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11 Personalien

12 Sonstige allgemeine Vorlagen

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Informationen zum Thema "Nord-Süd Stadtbahn"

Herr Schwarze stellt den aktuellen Sachstand des Ausbaus der Nord-Süd Stadtbahn anhand der als Anlage beigefügten PowerPoint-Präsentation vor. Auf die Nachfrage von Herrn Sterck, welche Gründe es haben könne, dass die neuen Haltestellen Breslauer Platz, Heumarkt und Rathaus bisher von Vandalismus verschont blieben, erklärt Herr Schwarze, dass diese Haltestellen bewacht würden. Dies könne eine abschreckende Wirkung haben.

Weiterhin möchte Herr Sterck wissen, wann mit der Teilinbetriebnahme Süd zu rechnen sei. Herr Schwarze teilt mit, dass dies weiterhin für Ende 2015 geplant sei. Ende März 2014 werde es voraussichtlich eine Klärung bezüglich der Querung an der Rheinuferstraße geben.

1 Mitteilungen

1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1.1.1 Kostenaufstellung Großschadensereignis Einsturz Historisches Archiv für den Zeitraum vom 03.03.2009 bis zum 30.01.2014 0728/2014

Herr Klipper fragt, wieso der Schaden am Gebäude sowie die Kosten für einen Neubau nicht aufgeführt seien. Herr Endruscheit (Kämmerei) führt aus, dass diese Kosten im Sondervermögen der Gebäudewirtschaft aufgeführt seien und daher dieser Kostenaufstellung nicht beigefügt sind. Herr Klipper bittet bei zukünftigen Darstellungen alle Positionen aufzuführen.

1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Dringlichkeitsentscheidungen

4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1.1 1. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013 0587/2014

Herr Sterck merkt an, dass diese Vorlage die Reduzierung der verkaufsoffenen Sonntage in Köln deutlich mache. Die Planungen fänden bei Interessengemeinschaften und Bürgervereinen statt, so dass es keine öffentliche Diskussion gebe. Herr Sterck macht deutlich, dass der Rat sich in dieser Form selbst beschränkt habe, auch durch Vorgaben des Landes, jedoch habe Köln nicht die Chance genutzt dagegen zu halten. Die FDP-Fraktion lehnt die Vorlage ab, sei jedoch dankbar, dass dieses Thema öffentlich dargelegt worden sei. Nach ein bis zwei Jahren mit der neuen Regelung werde er die Frage aufwerfen, wie viele Feste ausgefallen und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Herr Börschel weist darauf hin, dass das Bundesverfassungsgericht im Falle der Ladenöffnungszeiten hohe Hürden aufgestellt habe. Zu diesen Hürden zähle der strikte Anlassbezug. Wenn der Anlass ausfalle, gelange man an die Grenze dessen, was das Bundesverfassungsgericht als Sonntagsschutz aus dem Grundgesetz hergeleitet habe. Er zweifle daran, dass bei einer Verschiebung des Anlasses der Sonntagsöffnungszeiten, die gleichzeitige Verschiebung der Ladenöffnungszeiten noch den Bestimmungen des Grundgesetzes entspreche.

Herr Frank legt dar, dass die Termine mit großem Vorlauf festgelegt werden. Es bleibe den Veranstaltern selbst überlassen, ob die Termine durchgeführt würden oder nicht. Die Verantwortung läge nicht bei der Verwaltung und den Gesetzgebern.

Frau Stahlhofen schließt sich den Ausführungen von Herrn Frank an und ergänzt, dass nicht die Flohmärkte als Bösewichte dargestellt werden dürften.

Herr Sterck macht deutlich, dass seine Kritik bereits die Einschränkungen im Vorfeld betreffe. Dies sei eine Entscheidung der rot-grünen Landesregierung, sowie der rot-grünen Ratsmehrheit gewesen. Seiner Ansicht nach, gehe damit ein Stück der Veedelskultur verloren.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt gem. § 60 Abs.1 Satz 1 der Gemeindeordnung NW in Verbindung mit § 6 Ladenöffnungsgesetz (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten 1. Verordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen vom 18.12.2013 (Amtsblatt der Stadt Köln Nummer 52 vom 20.12.2013).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion - zugestimmt.

4.1.2 Betreuung von Kindern und Jugendlichen in der Notaufnahmeeinrichtung Herkulesstraße 0789/2014

Frau Beigeordnete Dr. Klein macht deutlich, dass es sich hierbei um ein spezielles Angebot für die Herkulesstraße handele. In der Regel sollten Kinder und Jugendliche in den entsprechenden Kitas und Schulen betreut werden. Frau Beigeordnete Reker ergänzt, dass diese besondere Situation in der Herkulesstraße dadurch entstehe, da es sich um eine Notaufnahmeeinrichtung handele, in der Personen leben, die überwiegend nicht für Köln zugewiesen seien. Die Betreuung in Kitas und Schulen setze

jedoch eine Zuweisung voraus. In der Herkulesstraße leben ca. 50 % Kinder und Jugendliche.

Frau Stahlhofen bemängelt, dass die Sprachförderung für 7 bis 16 jährige nur mit zwei Stunden pro Wochen angesetzt sei. Damit könne kein qualifizierter Unterricht gewährleistet werden, denn Sprachförderung müsse nachhaltig sein.

Frau Gärtner erklärt, dass die CDU-Fraktion in der letzten Ratssitzung einen umfangreichen Antrag zur Flüchtlingsthematik vorgelegt habe. Einer der Punkte aus dem Antrag seien zusätzliche Betreuungsangebote gewesen, dort wo es ohne weiteres nicht möglich sei, Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen zu betreuen. Die CDU-Fraktion wird dieser Vorlage daher gerne zustimmen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein legt dar, dass man das Sprachförderangebot durch Lehramtsstudenten sicherstellen möchte. Sie schlägt vor, den Hinweis von Frau Stahlhofen als Anregung aufzunehmen. Möglicherweise werde es zu einem späteren Zeitpunkt Modifizierungen geben, jedoch sollte man derzeit im Rahmen der Finanzierungsmöglichkeiten starten. Es handele sich hier um ein ergänzendes Angebot.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Durchführung von Betreuungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche, die sich in der Notaufnahme Herkulesstraße befinden, ab dem 01.03.2014 als notwendige Maßnahme im Rahmen der rechtlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln.

Zur Umsetzung der Betreuungsmaßnahmen in der Flüchtlingsunterkunft Herkulesstr. 42 beschließt der Hauptausschuss einen zahlungswirksamen überplanmäßigen Mehraufwand im Haushaltsjahr 2014, im TP 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 260.700 €.

Die Deckung erfolgt vorläufig durch entsprechende Wenigeraufwendungen im Haushaltsjahr 2014, im TP 1601, allgemeine Finanzwirtschaft, in Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.2.1 Delegationsreise nach Peking 0327/2014

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Teilnahme von folgenden vier Ratsmitgliedern an der geplanten Delegationsreise von OB Roters in die Partnerstadt Peking:

1. Axel Kaske, SPD-Fraktion
2. Karl-Jürgen Klipper, CDU-Fraktion
3. Angela Spizig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
4. Manfred Wolf, FDP-Fraktion

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

5 Sonstige Allgemeine Vorlagen

**5.1 Aufnahme einer Grabstätte in die Liste der Gräber für verdienstvolle Bürgerinnen und Bürger und Übernahme der Grabpflege durch die Stadt Köln
0083/2014**

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Aufnahme der Grabstätte der Ehepaares Hans Schmitt-Rost und Lis Böhle (Friedhof Melaten, Lit. I 300-301) in die Liste der Gräber verdienstvoller Bürgerinnen und Bürger. Die Übernahme der Grabpflege und der baulichen Unterhaltung durch die Stadt Köln wird gem. § 23, Abs. 4, der Friedhofssatzung der Stadt Köln geregelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

6 Mündliche Anfragen

Herr Frank fragt nach dem Sachstand zum Public Viewing in Köln zur Fußball WM 2014. Insbesondere bittet er um Darstellung, welche Regularien das Public Viewing in Kneipen und Lokalen, auch nach 22 Uhr ermöglichen und welche öffentlichen Veranstaltungen, beispielsweise mit der Lanxess Arena, geplant seien.

Herr Oberbürgermeister Roters teilt mit, dass es von Dezernat I eine dezidierte Vorlage für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales geben werde.

gez.

Roters

Oberbürgermeister

gez.

Lange

Schriftführerin